

Griechenland: Geopolitik siegt über Ökonomie

19.06.2015 | [John Browne](#)

Angesichts stets ausbleibender Fortschritte in den Verhandlungen über die griechischen Schuldentrückzahlungen zeigt sich die Finanzwelt mit Blick auf einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Europäischen Union immer angespannter und verkrampfter.

Diese Unsicherheit macht sich in "Hoch- wie Niedrigfinanz" breit und zeigt sich in Form von kräftigen Verkaufswellen an den Anleihemärkten (hier besonders Staatsanleihen der EU-Länder und Griechenlands) sowie verstärkten Barabhebungen bei griechischen Banken, denn misstrauische Einleger befürchten inzwischen Kapitalkontrollen im Austrittsfall.

Alle beteiligten Parteien sollten lieber etwas durchatmen. Trotz der fast nicht vorhandenen finanziellen Integrität Griechenlands können sich weder die NATO noch die EU die politischen Folgekosten eines Ausstiegs Griechenlands aus der Europäischen Union leisten.

Den EU-Verhandlungsführern sitzt ein inakzeptables Gespenst im Nacken: Würde die EU Griechenland den Laufpass geben, könnten Russland oder gar China einspringen. Diese könnten Griechenland Finanzierung gewähren, im Gegenzug hätte Griechenland eine feste strategische Stellung in Westeuropa und eine Brücke ins östliche Mittelmeer zu bieten.

Eine solche Möglichkeit wäre Europa unerträglich. Kurz gesagt: Die möglichen Folgewirkungen für die internationale Politik werden alle ökonomischen oder finanziellen Bedenken übertrumpfen.

Wie wir vor einigen Monaten in dieser [Kolumne](#) berichtet hatten, wurde das moderne Griechenland nicht nur einmal als Bollwerk gegen unerwünschte Einfälle genutzt.

In den 1820er Jahren finanzierten und unterstützten westliche Mächte die Unabhängigkeit Griechenlands von der osmanischen Türkei, um den türkischen Einfluss im Mittelmeerraum zu begrenzen und zurückzudrängen. Im 20. Jh. war Griechenland eine entscheidende Kampfzone im Kalten Krieg. Der Westen zahlte willig einen hohen Preis, um zu verhindern, dass das sozialistische Griechenland letztlich an die Sowjetunion fiel.

Ogleich Griechenland riesige Geldbeträge aus dem Ausland erhielt, erwiesen sich die griechischen Regierungen als notorisch schwach, was nicht zuletzt auch zum stetigen wirtschaftlichen Niedergang der Nation beitrug. Mit der Entscheidung für großzügige sozialistische Sozialprogramme und zutiefst antikapitalistische Regulierung entschieden sich Griechenland auch für unverantwortlich hohe Schuldenaufnahme, um diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Um den Aufstieg des Kommunismus zu verhindern, würden im Rahmen der Gründung der Europäischen Union (EU) energische Anstrengungen unternommen, um Griechenland Teil der EU werden zu lassen. Das förderte die heimliche Akzeptanz unwahrer Wirtschaftsstatistik, die bei Griechenlands Beitritt zur EU und zur Eurozone halfen.

Der Euro-Eintritt verschaffte Griechenland Zugang zu gewaltigen Mengen billigen Kredits, der zum großen Teil unter der falschen Annahme gewährt wurde, dass ein baldiger Zusammenschluss zu einer vereinten politischen Union auch eine EU-Garantie für die griechischen Schulden beinhaltet.

In ähnlicher Weise waren zum Beispiel Investoren davon ausgegangen, dass die Schulden der Eigenheimfinanzierer Freddy Mac und Fannie Mae eine "implizite" Garantie der US-Regierung trugen.

Auch im Fall von Fannie und Freddy (deren Untergang nach Meinung vieler die USA in eine schwere Depression gestürzt hätte) waren die politischen Kosten eines Bankrotts inakzeptabel hoch. Somit mussten die finanziellen Kosten dieses technischen Bankrotts von den Staatsbürgern getragen werden.

Im Fall Griechenland kommt hinzu, dass große Teile der griechischen Schulden über die letzten Jahre hinweg aus den Bilanzen der EU-Banken zu den EU-Mitgliedsstaaten transferiert wurden, welche die überaus absurde Fähigkeit haben, die schlechten Schulden auf zukünftige Staatsbürgergenerationen übertragen zu können.

Wahrscheinlich im Wissen darum hat die griechische Regierung wiederholt die direkte Konfrontation mit einigen der mächtigsten Politiker und Zentralbanker der Welt gesucht, wobei Zeit gewonnen und wenig erreicht wurde.

Nicht nur das. Wenn Griechenlands sozialistischer Premierminister Alexis Tsipras der deutschen Kanzlerin Angela Merkel gegenübertritt, weiß er, dass sie sich völlig im Klaren darüber ist, dass eine gefällige Behandlung Griechenlands ein Präzedenzfall wäre, der letztlich auch Portugal, Irland, Italien und Spanien ermutigen würde, (sogar vereint) auf Gleichbehandlung zu drängen.

Zudem könnten wachsende Aussichten auf ein theoretisch mögliches Zerbrechen der EU dafür sorgen, dass die Wähler in Großbritannien im Referendum von 2017 einen Absprung vom sinkenden Schiff favorisieren.

Ein britischer Ausstieg könnte dem europäischen Traum ein Ende setzen; er würde womöglich auch europäische Schuldverschreibungen im Umfang von vielen Billionen \$ in Gefahr bringen - wie auch die Euro-Währung an sich.

Zusätzlich zu diesen schweren Bedenken fürchtet Merkel vor allem eines. Sollten die Gespräche vollends scheitern, könnte sich Griechenland auf die Suche nach anderen Geldgebern begeben. Dabei könnte es auf viele willige Geldgeber treffen, die natürlich alle ihre Bedingungen stellen.

Russland könnte Griechenland Finanzierung im Austausch für einen Marinestützpunkt gewähren. Wenn nicht Russland, dann vielleicht China, das enorme weiche Finanzrettungspakete zur Verfügung stellen könnte, um sich den Eintritt in die europäische und Nato-dominierte Landmasse zu erkaufen.

Es ist kein Geheimnis, dass China starkes Interesse an der Übernahme des Hafens von Piraeus - einem der größten Häfen am Mittelmeer - hat.

Während Merkel und die sie unterstützenden EU-Führer scheinbar hart mit der Führung Griechenlands ins Gericht gehen, wissen sie, dass es politisch inakzeptabel ist, eine Finanzpleite zuzulassen, welche das Tor zur Auflösung der EU öffnen. Genauso inakzeptabel wäre auch nur die Idee eines Vordringens Russlands oder Chinas.

Daraus folgt: Egal wie teuer ein Schuldenausfall Griechenlands den EU-Steuerzahlern zu stehen kommen würde, die politischen Kosten eines Grexit werden wahrscheinlich als schwerwiegender und inakzeptabel betrachtet.

Daher bin ich also der Meinung, dass die Chancen eines Ausstiegs Griechenlands - nach viel Getue, Verzögerung und Drohung - letztlich viel geringer sind, als allgemein angenommen wird.

Höchstwahrscheinlich wird die EU die Deckung eines griechischen Schuldenausfalls gutheißen, welcher vorerst hinter verlängerten Schuldentrückzahlungsfristen, fingierten Umschuldungsprogrammen und vielleicht auch herausgezögerten Schuldenschnitten bei vorgeschrittener Anleihelaufzeit.

Zudem werden die Beteiligten wohl hartnäckig die Meinung vertreten, diese Entscheidungen würden keinem technischen Schuldenausfall gleichkommen. Aller Absurdität solcher Aussagen zum Trotz werden unsere untätigen Presseunternehmen einer solchen Einschätzung vielleicht sogar beipflichten.

Vielleicht zeigen sich die Anleger sogar so freudig erregt, dass es an den Aktien- und Anleihemärkten Erholungs-Rallies geben wird.

"Aufschieben, weitermachen, Anschein wahren" könnte wieder einmal der einzig akzeptable Umgang mit unserer renitenten Problemlage sein.

© John Browne
Senior Market Strategist

Der Artikel wurde am 17.06.2015 auf www.safehaven.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

John Browne ist leitender Wirtschaftsberater für Euro Pacific Capital. Die im Artikel geäußerten Meinungen sind die des Autors und nicht die von Euro Pacific Capital oder ihres Geschäftsführers Peter Schiff.

Für eine tiefgreifende Analyse dieser und anderer Themen abonnieren Sie Peter Schiffs kostenlosen

Newsletter *The Global Investor*. Für weitere Informationen klicken Sie [hier](#).

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/249094--Griechenland--Geopolitik-siegt-ueber-Oekonomie.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2022. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).